



Christa Prets

MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Kommentar von Barbara Coudenhove-Kalergi, Kommentar der anderen, "Die Schande", Der Standard, vom Montag, 19.9.2005.

In der österreichischen Regierung sitzen sechs Frauen. In zumindest drei Ressorts fällt das Thema Frauenhandel direkt, die anderen haben indirekt damit zu tun. Es ist bisher jedoch von keiner ein konstruktiver Vorschlag für einen verstärkten Kampf gegen oder die Prävention von Frauenhandel gekommen.

Es reicht nicht, punktuell vorzugehen. Wir brauchen auch langfristige Maßnahmen. Etwa Aufklärungskampagnen in den Durchzugs- und Zielländern des Frauenhandels. Es gilt neben den gefährdeten Frauen auch potentielle Kunden aufzuklären. Statistiken müssen unbedingt verbessert werden und öffentlich transparent sein, Kontrollen auf Frauenhandel verstärkt und regionale Entscheidungsträger und Polizei sowie Sozialarbeiter müssen sensibilisiert werden. Rechtslücken sind aufzuheben.

Die EU, insbesondere das EU-Parlament, haben bereits Schritte zur globalen Bekämpfung des Frauenhandels vorgeschlagen. Es liegt jedoch an den Mitgliedstaaten, die Vorgaben effizient in nationales Recht umzusetzen. Die kommende österreichische EU-Präsidentschaft hat nun die Gelegenheit, eine EU-weite Empfehlung zu konkreten Präventionsmaßnahmen zu verabschieden. Ich lade die betroffenen Ministerien ein, sich an den von mir im Oktober vorzulegenden EU-Bericht zur Prävention von Frauenhandel anzulehnen.

Christa Prets, EU-Abgeordnete und Berichterstatterin im EP zum Thema "Strategien zur Verhinderung des Handels mit Frauen und Kindern, die von sexueller Ausbeutung bedroht sind"

Christa Prets, MdEP

